



Themen in dieser Ausgabe:

- **Europäischer Monarchisten-Kongress zu Wien**
- **Prinz Jean d'Orléans: Für eine neue Art des Regierens**
- **Regierungsbildung in Spanien und den Niederlanden**
- **Gewalt gegen royalistische Demonstranten in Nepal**

Jahr 18, Ausgabe 17

10.12.23

Bezieher: 580

Europäischer Monarchisten-Kongress zu Wien



SGA-Präsidentin Nicole Fara erinnerte an die über 600-jährige Herrschaft der Habsburger.

Am 12. November 2023 veranstaltete die [Schwarz-Gelbe Allianz \(SGA\)](#) ihren Kongress „*Ein vereintes Mitteleuropa – Erfolgsmodell pro Futuro?*“ vor über 60 Teilnehmern aus allen ehemaligen Kronländern der Donaumonarchie. SGA-Präsidentin **Nicole Fara** erinnerte an die über 600 Jahre der für alle Völker Mitteleuropas erfolgreichen Regentschaft der Habsburger. Ziel sei es heute, eine verfassungsrechtlich verankerte Monarchie auf demokratischem Wege einzurichten. Mit dem einzigartigen historischen Background könnte ein Monarch aus dem Hause Österreich die erneut vereinten Staaten über alle nationalen Grenzen hinweg repräsentieren und die inzwischen korrupt gewordene politische Landschaft verbessern, um die Kultur der parlamentarischen Demokratie zu bewahren.

Graf Peter zu Stolberg-Stolberg referierte über den Adel als Kulturgut. Seit Ausrufung der Republik ohne Volksabstimmung werde gegen die Habsburger und den gesamten Adel politisch wie historisch intrigiert, was dazu geführt habe, daß kein Wissen und Stolz auf die Geschichte, keine Liebe für das Heimatland mehr bestehe. Diesbezüglich kulturell bestohlen seien aber die Bürger der Länder, nicht der historisch gewachsene Adel selbst.

DI Dr. Ulrich von Habsburg-Lothringen sprach über den Kampf um die Ukraine, welche mit Galizien/Lodomerien (Lemberg) und der Bukowina (Czernowitz) bis 1918 zur Donaumonarchie gehörte, in welcher die nationalen Kulturen und ihre Sprachen als besonders schützenswerte Merkmale gepflegt wurden.

Mag. Christian Zeitz präziserte als einstiger ÖVP-Politiker über die zunehmende Einschränkung der Meinungsfreiheit und vor allem der freien Meinungsäußerung. Die heutige Politik betreibe Ausgrenzung, Verdrehen und Totschweigen von sachspezifisch relevanten Argumenten, wie es das Gesundheitsmanagement während der sogenannten Pandemie erleben ließ.

Der konservative Historiker und Chefredakteur von „*Die Weiße Rose*“, **Dr. Albert Pethö**, erklärte die Geschichte der Menschenrechte, die im politischen Alltag mißbräuchlich eingefordert, als generelles Totschlagargument der Intoleranz gegen alle nicht-linken Ansichten zum Einsatz komme.

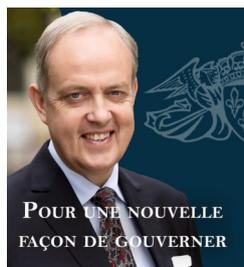
Rechtsanwalt **Mag. Ewald Stadler** warnte in seinem Vortrag über Kommunismus, der zumindest in Österreich wieder politischen Einzug hält. Dafür zitierte er *Alexander Solschenizyn* mit „*Ein kommunistisches System erkennt man daran, daß es die Kriminellen verschont und die politischen Gegner kriminalisiert*“.

DI Dr. Alexander Schneider propagierte in seinem Referat den erneuten Zusammenschluß der Völker des alten Österreichs als gegenseitig fruchtbares Potential in den geistes- und naturwissenschaftlichen Bereichen, wie es die jüngst verliehenen Nobelpreise (Anton Zeilinger, Ferenc Krausz) beweisen. Um diese Gegenseitigkeit unter einem sie alle repräsentierenden Monarchen zu fördern, sollten neben Deutsch auch Ungarisch, Tschechisch, Kroatisch und eine westliche Fremdsprache unterrichtet werden.



Alexander Schneider propagierte mehr Zusammenarbeit und Mehrsprachigkeit.

Prinz Jean: Für eine neue Art des Regierens



POUR UNE NOUVELLE FAÇON DE GOUVERNER

Für eine neue Art zu regieren - Prinz Jean in einem Meinungsbeitrag. mit dem er dem politischen Personal in Frankreich ein schlechtes Zeugnis ausstellt:

„*Jeder ernsthafte Beobachter wird feststellen, daß Frankreich seit mehreren Jahrzehnten sowohl auf politischer als auch auf wirtschaftlicher oder sozialer Ebene in seinen schlechten Gewohnheiten versinkt. Die Suche nach dem Gemeinwohl ist verschwunden, erstens, weil sich die Politiker nicht mehr dafür interessieren, und dann, weil es durch Güter ersetzt wurde, um zu unserer Konsumgesellschaft zu passen. Diejenigen, die wir wählen, um unser Land auf nationaler und lokaler Ebene zu regieren, regieren mit seltenen Ausnahmen nicht mehr. Sie machen Geschäfte.*“

Viele unserer Politiker verteidigen nicht mehr die Interessen derjenigen, die sie gewählt haben und die sie vertreten sollten.“ Und er bringt zum Schluß diskret die monarchische Staatsform als Alternative für Frankreich ins Gespräch. H.S.

Allen Lesern und Freunden der Corona - Nachrichten wünscht die Redaktion gesegnete und friedliche Weihnachten!

Regierungsbildung in Spanien und den Niederlanden



Christopher Luxon ist neuer Premierminister von Neuseeland. Der bekennende Monarchist hat seine erste Regierungserklärung - [Speech from the Throne at Parliament](#) - am 6. Dezember von der Vertreterin König Karls III. in Neuseeland, Generalgouverneurin Cindy Kiro, verlesen lassen. Neuseeland folgt darin ziemlich genau dem Vorbild von Westminster, wo am 7. November König Karl III. die [Thronrede verlas](#).

Nach den Wahlen in Spanien brachten auch die Wahlen in den Niederlanden kein eindeutiges Ergebnis, zumindest wird es für die stärkste Partei, die rechte PVV von *Geert Wilders*, schwierig werden, eine Koalition zu bilden. Die Fragmentierung der Parteiensysteme ist eine gesamteuropäische Tendenz und Regierungsbildungen werden damit nicht einfacher werden. Anders als der spanische König hat *König Willem-Alexander der Niederlande* dabei allerdings keine Funktion. In der Regel ist es der König, der in den konstitutionellen Monarchien jemanden mit der Regierungsbildung betraut. [In den Niederlanden ist dies seit 2012 nicht mehr der Fall](#). Die Funktion wird jetzt vom Parlament selbst ausgeübt. Ob das wirklich bessere Ergebnisse bringt wird sich nun im Falle der aktuellen Regierungsbildung sicherlich zeigen. Derweil ziehen über Spanien dunkle Wolken auf, auch wenn es *König Felipe VI.* gelungen ist, eine Regierung zu bilden: Nachdem die von ihm mit der Regierungsbildung beauftragte konservative Volkspartei jedoch keine Mehrheit im Parlament erlangen konnte, beauftragte der König die bei den Wahlen zweitplatzierten Sozialisten, die in der Tat durch eine Allianz mit dem politischen Arm der alten Terrororganisation ETA, der Partei eines nach dem versuchten Staatsstreich in Katalonien von 2017 per Haftbefehl gesuchten und ins Ausland geflüchteten katalanischen Separatisten und anderen Regionalparteien eine Mehrheit erlangen konnte. *Sánchez* erkaufte sich die Mehrheit mit dem Versprechen einer Amnestie für die Separatisten, die sich am Staatsstreich beteiligten, obwohl Generalamnestien in der spanischen Verfassung ausdrücklich verboten sind.

Im EU-Parlament gab es daher bereits eine Anhörung zum Thema der Rechtsstaatlichkeit unter der neuen spanischen Regierung und alle bedeutenden Juristenvereinigungen protestierten ebenfalls. Nach Umfragen befürworten unter diesen Umständen auch 40 % der Wähler der Sozialisten vorgezogene Neuwahlen vor einer Regierung ihrer Partei mit diesen Koalitionspartnern. *Sánchez* Koalitionspartner sind daneben auch überwiegend Gegner der Monarchie, da diese das Symbol der Einheit Spaniens ist, welche von den Separatisten bekämpft wird. Bei der Vereidigung von *Pedro Sánchez* blickte *König Felipe VI.* auch entsprechend finster drein. Die Monarchie ist trotzdem nicht gefährdet, denn sie stellt im Grunde genommen die letzte rote Linie dar, die *Sánchez* nicht überschreiten wird, ohne den Rückhalt nicht nur der Bevölkerung zu verlieren, die ihm wohl egal wäre, sondern auch seiner eigenen Partei.



Kein freundliches Lächeln zur Amtseinführung von Ministerpräsident Sánchez. Die Mimik König Felipes sprach Bände. L.R.

Gewalt gegen monarchistische Demonstranten in Nepal

Mitte November kam es zu monarchistischen Großdemonstrationen mit mehreren zehntausend Menschen in der nepalesischen Hauptstadt Kathmandu, weitere Demonstrationen sind für Dezember angekündigt. 15 Jahre zuvor war von den politischen Parteien entgegen anderslautender Vereinbarungen die Monarchie abgeschafft worden, natürlich und wie üblich ohne Referendum oder sonstige Einbeziehung der Bevölkerung. Enttäuschung und Ernüchterung sind seitdem groß, und Demonstrationen gegen die säkuläre Republik flammen immer wieder auf. Die Demonstranten wollten eigentlich in das Stadtzentrum gelangen, wurden aber von der Polizei davon abgehalten und es gab mehrere Verletzte auf beiden Seiten, Wortführer der Monarchisten wurden im Anschluß unter Hausarrest gestellt. Der oberste Gerichtshof prüft derzeit noch die Rechtmäßigkeit der Maßnahme, den Demonstranten den Zugang zur Innenstadt zu verweigern. Der Umgang mit den Demonstranten zeigt in ge-

wisser Weise die Nervosität der Regierung im Umgang mit den Monarchisten, die eher stärker werden, als schwächer, da große Unzufriedenheit mit der Regierung und den Parteien herrscht, die durch die Coronapandemie und den damit einhergehenden Einbruch des Tourismus sowie der Überweisungen der Auslandsnepalesen noch verstärkt wird.



Zehntausende Demonstranten forderten im November in Nepals Hauptstadt Kathmandu die Rückkehr des Königs auf den Thron. L.R.

Jean des Cars:

Das Wesentliche der Monarchie ist die Veränderung.

Tage:

- 23. Dezember 1933: *Tsugu Akihito, ab 7. Januar 1989 Kaiser Akihito von Japan der Heisei-Ära.
- 29. Dezember 1978: Die Verfassung des Königreichs Spanien tritt in Kraft. Sie war am 6. Dezember 1978 in einem Referendum vom spanischen Volk gutgeheißen worden.
- 29. Dezember 2022: † Markgraf Max von Baden, Herzog von Zähringen, seit 1963 Chef des Hauses Baden

Impressum:

Herausgeber: V.i.S.d.P. Lukas Rottnick, Pasteurstraße 32, 10407 Berlin, **E-Mail:** corona_redaktion@yahoo.com

Autorenverantwortung: Für namentlich oder mit Initialen gekennzeichnete Artikel ist der Autor alleinverantwortlich. ©Krone: David Liuzzo

Erscheinungsweise: Der Rundbrief erscheint alle drei Wochen.

Bezugsweise: Die pdf-Datei ist kostenlos erhältlich. Interessenten wenden sich an die Redaktionsadresse, um sich in die Verteilerkartei eintragen zu lassen. Webseite zum Herunterladen *aller* Corona-Ausgaben: <https://coronanachrichten.wordpress.com>, Kontakt auf [Facebook](#)

Copyright: Alle Rechte an den Artikel liegen bei der Redaktion und den Autoren. Nachdruck oder elektronische Verbreitung einzelner Artikel ist nur mit Zustimmung der Redaktion sowie des Autors möglich. Die unveränderte Weitergabe des Rundbriefs ist gestattet. Leserbriefe und Beiträge zur Veröffentlichung in **Corona** bitte an: corona_redaktion@yahoo.com; Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 9. Dezember 2023